Widerstand und Antifa

Der Einsatzwagen der Polizei rauscht mit großer Geschwindigkeit heran, bremst vor dem Pankower Rathaus, hält. Heraus springen behelmte, mit Schutzwesten bestückte Polizisten und laufen auf uns zu. Uns fährt der Schreck in alle Glieder.

So geschehen im Coronajahr 2021; passiert ist uns nichts. Wir wurden nur versehentlich mit den Verfechtern des antisemitischen Verschwörungsglaubens verwechselt, gegen die sich unsere Demo richtete.

Wir, das war ein Bündnis aus demokratischen Parteien und Organisationen, die Linke war auch dabei.

Die OMAS GEGEN RECHTS waren damals schon vier Jahre alt. Gegründet in Österreich, bald in Deutschland nachgeahmt, sind die OMAS GEGEN RECHTS die Antwort alter Frauen auf den Rechtsruck und die Frage, wie wir leben wollen. Wir sind alle Antifaschistinnen, leisten Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus, Ungleichheit und den Abbau sozialer Errungenschaften.

In Pankow wehren wir uns seit vielen Jahren gegen Veranstaltungen im „Braunen Haus“ in Blankenburg. Dieses Haus ist das einzige in Berlin, das der AfD gehört. Eingeladen werden dorthin die schlimmsten Brandstifter, die sich als Biedermänner geben. Bitte unterstützt unbedingt unsere Demonstrationen gegen die sogenannten „Bürgerdialoge“.

Eng verbunden fühlen wir uns dem JUP e. V., Florastraße, ein Jugendzentrum, das hervorragende Arbeit macht und das wiederholt angegriffen wurde. Die AfD Pankow will ihm die Mittel entziehen. Solidarität ist dringend nötig!

Ein besonderer Schwerpunkt unserer OMAS GEGEN RECHTS-Gruppe ist der Einsatz gegen Antisemitismus, den wir mit dem Erinnern an die Geschichte verbinden. Charlotte Holzer war viele Jahre Pankowerin. Noch erinnert keine Straße an sie. Das könnte doch ein Plan der Linken in Pankow werden! Recherchiert mal.

Maja Wiens, OMAS GEGEN RECHTS Pankow

BVV-Splitter – 40. BVV-Tagung

Die letzte Sitzung vor der Berlin-Wahl am 20. September fand am 2. September statt.

CDU nutzt Kampf gegen Antisemitismus für den Wahlkampf

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderte die CDU-Fraktion die BVV Pankow auf, ihren klaren und uneingeschränkten Konsens gegen Antisemitismus in jeder Form erneut zu bekräftigen. Dieser Konsens wurde von den demokratischen Fraktionen der BVV in der Vergangenheit immer überparteilich praktiziert. Mehrere Resolutionen der aktuellen und der vergangenen Wahlperioden bezeugen das.

Selbstverständlich stimmte die Linksfraktion dem Antrag unumwunden zu. Die Fraktion kritisierte aber den Vorgang zum Antrag der CDU: Demokratischer Konsens ist nicht nur der Schutz jüdischen Lebens, sondern auch eine fraktionsübergreifende Erarbeitung und Einbringung solcher Resolutionen. Das heißt, dass sich vorher über Anträge und Resolutionen zum Thema verständigt wird, um geschlossene Abstimmungen zu ermöglichen – auch, um Hass und Hetze durch Streit in der BVV keinen Platz zu lassen. Vielmehr sollte im Mittelpunkt stehen, was zusammen für tatsächlichen Schutz sowie Sichtbarkeit jüdischen Lebens als selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft in unserem Bezirk und in Berlin getan werden kann.

Keine rechtsextremen Strukturen auf Pankows Sportanlagen

Die Linksfraktion forderte mit einem Antrag, Maßnahmen wie zum Beispiel auslaufende Nutzungsverträge mit Vereinen oder Personen, bei denen Verbindungen zu rechtsextremen Strukturen bekannt geworden sind, nicht automatisch zu verlängern. Das Bezirksamt soll vor einer Verlängerung umfassend prüfen, ob Vereine ihre vertraglichen Pflichten erfüllen, die Sportanlagen tatsächlich entsprechend nutzen und weiterhin förderungswürdig sind. Öffentlich dokumentierte Hinweise auf die Nutzung der Anlagen durch Personen aus der rechtsextremen Szene sollen dabei ausdrücklich berücksichtigt werden. Bei Verstößen sollen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft und freiwerdende Sportflächen transparent neu vergeben werden.

CDU und SPD verharmlosen das Thema.

Die CDU stimmte (wie bereits 2024) gegen den Antrag, um ihren Bezirksstadtrat Jörn Pasternack zu entlasten, in dessen Verantwortungsbereich die Sportstätten fallen.

Die SPD beantragte die Überweisung in entsprechende Ausschüsse. Dieser Antrag scheiterte jedoch.

Am Ende fand unser Ursprungsantrag auch ohne CDU und SPD eine Mehrheit – mit Applaus im Saal.

Burkhard